

ES GESCHIEHT AM HELLLICHTEN TAGE

Wer dieser Tage in den USA forscht, stolpert über Bruchstücke einer immer fragileren Demokratie. Ein Bericht.

Das dräuende Unheil der Wahlnacht in den USA mag von Europa aus betrachtet wie ein gruseliger Horrorfilm gewirkt haben, doch als ich am 5. November 2024 durch New York gehe, spüre ich davon nichts. Gar nichts.

In Manhattan zeigen die zahlreichen Flatscreens Sport und Wahlanalysen, die Straßen und Bars sind mäßig gefüllt. In Queens, der Wiege Donald Trumps, betrete ich nach etwas Fahrzeit einen Pub, da ist der Wahlabend schon wieder gelaufen. Die Leute hier sind nicht überrascht, zu weltfremd seien das »Weiter so« der Demokratischen Partei und ihre hilflosen Warnungen vor dem Demokratiezerstörer Donald Trump angesichts der realen Probleme gewesen. Sie trinken schnell viele Schnäpse und torkeln nach Hause.

Diese banale Alltäglichkeit ist vielleicht das treffende Bild einer Demokratie am Kipppunkt: Ihr Bröckeln vollzieht sich unspektakulär. Bereits seit Jahrzehnten entfernt sich die besonders für Europäer:innen bezaubernde Projektionsfläche USA zusehends von der westlichen Interessengemeinschaft. Doch selbst nach Trumps erster Amtszeit wurde diese tektonische Verschiebung zumeist beiseitegeschoben. Zu verführerisch war der nach Gewissheit in unsicheren Zeiten strebende Wunsch, es handelte sich um ein kurzes Intermezzo, das sich wieder einrenken würde.

Nun stehen wir inmitten eines täglich reizüberflutenden, triumphal vorgebrachten Staatsumbaus, der viele demokratische Werte infrage stellt und einer abrupten Realisierung

eines noch vor wenigen Monaten amorph-bedrohlichen Schattens gleicht. Warum? Trump und seine Gefolgschaft waren in den letzten Jahren doch recht ehrlich im Hinblick auf ihre Ziele, das Drehbuch »Project 2025« war für alle sichtbar und lesbar. Offenbar schien es in seiner Radikalität zu ernst, um vollends glaubhaft zu sein.

Im Dienste einer wissenschaftlichen Erforschung des Wohnens war ich also kürzlich in New York und zugleich war ich ausführendes Organ der transatlantischen Verständigung. Im Remarque Institute der New York University, diesem Europa und das transatlantische Verhältnis erforschenden Hort freien Denkens, dreht sich auf einer Tagung drei Tage nach der Wahl alles um die politischen Emotionen der extremen Rechten. Wir sprechen über die vom neuen Rechtsradikalismus in scheinhafter Form gewährte Anerkennung, neoliberale Kaputtheitsgrade, Gefühls- und Identitätspolitik, eugenische Fantasien in den USA und bei der AfD.

So weit richtig, so weit nicht unbekannt.

Eine gewisse Ernüchterung kann ich kaum abschütteln, dass mir selbst hier, und auf vielen weiteren Veranstaltungen dieser Stadt voller herausragender Denker:innen und Künstler:innen, konsternierte Ungläubigkeit und engagierter Trotz bei gleichzeitiger Ratlosigkeit im Hinblick auf konkretes Handeln begegnen.

Irgendwann meldet sich ein Nachwuchswissenschaftler zu Wort: Alles sehr interessant, aber gäbe es da nicht

eine prekär gewordene materielle Basis – Inflation, schlechte Bezahlung, Wohnungsnot – die all dem zugrunde liegen und diese rechtsradikalen Strategien überhaupt erst möglich mache? Er hatte hier eine Perspektive betont, die nicht allein durch Intellektualität und Abstraktion, sondern erst durch Empathie gegenüber Prekarisierung und völlig anderen Lebenswelten eingenommen werden kann. Da diese Perspektive in den Geisteswissenschaften häufig aus dem Blick gerät, stehen nun in den USA wie in Europa Wissenschaftler:innen trotz all ihrer reichhaltigen Theorie dem neuartigen Autoritarismus einigermaßen ratlos gegenüber. Daher benötigen wir nicht nur eine Stärkung sozialwissenschaftlicher Forschung, sondern auch eine Politisierung der Geisteswissenschaften, etwa hinsichtlich Ästhetik, Medien, Philosophie, Literatur.

Doch wo und für wen sind solche Perspektiven fünf Monate nach dieser Veranstaltung überhaupt noch einnehmbar? Hand in Hand mit dem derzeitigen Abschmelzen existenzieller Grundrechte werden Universitäten und das gesamte Wissenschaftssystem mit finanziellen Drohungen und politischen Vorgaben auf Linie gebracht, es kursieren Listen mit unerwünschten Wörtern, die die Formulierung jedes halbwegs vernünftigen Satzes erschweren oder gar verunmöglichen. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen werden auch hier Diversitätskriterien abgeschafft. »Richtige« politische Gesinnung ersetzt den Diskurs, es herrscht ein Klima der Angst. Wissenschaftler:innen beginnen, ihre Emigration zu planen. Laut einer Online-Umfrage des Fachjournals *Nature* erwägen im März dieses Jahres von 1.608 Befragten 75,3 Prozent das Land zu verlassen.

Wo hier die digitalen Themen bleiben? Sie ließen sich im wohlgetrackten Schläfe leicht finden: das allzu bereitwillige Anbiedern des Silicon Valley an die autoritäre Agenda, die zuletzt spürbar rechtsradikale Drift aller kommerziellen Social-Media-Plattformen, Elon Musks kettensägentrolliges Kapern demokratischer Prozesse et cetera.

Die *Washington Post* gab sich 2017 den gegen Trump gerichteten Slogan »Democracy Dies in Darkness«, inzwischen geschieht das bei hellichtem Tage. Deren Besitzer Jeff Bezos beschloss Ende Februar, auf der »freien Meinungsseite« ab jetzt vorrangig persönliche Freiheiten und freie Märkte zu bewerben. Es ist ebenso wenig überraschend, wenn etwa Google immer wieder Angestellte wie Timnit Gebru entlässt, die kritisch zu Fragen von künstlicher Intelligenz und Ethik forschen und ihre Ergebnisse auch öffentlich präsentieren wollen. Doch nun versucht der bei Social Media gewalttätige Äußerungen tolerierende Staat den akademischen Diskurs zu beschneiden, also den Universitäten Mittel zu entziehen, mit denen sie die politische Situation und die Rolle des Silicon Valley hierin reflektieren könnten.

Auch wenn derzeit oft von Faschismus die Rede ist, verdeckt dieser historische Begriff eine völlig neuartige, zuweilen widersprüchliche Mischung aus Dealmaker-Attitüde der Geschäftswelt, Libertarismus, quasireligiösem Technikfetisch, eugenischem Gedankengut, Techno-Feudalismus und faschistischen Elementen. Diese Gegenwart lässt sich nicht auf *einen* Begriff bringen, weder in den USA noch im ebenfalls von autoritären Strömungen gefährdeten Europa. Daher ist ihre konstante wissenschaftliche Durchdringung dringend notwendig. Verliert die Wissenschaft ihre Vielfalt an Perspektiven, ihre kritischen Worte und die Möglichkeit ihrer Übersetzung in den öffentlichen Diskurs, so bleibt die aus besagter autoritärer Mischung hervorgehende Gefahr nicht nur amorph, sondern wird mit einer scheinbaren Zwangsläufigkeit bewaffnet, die jeder demokratischen Gesellschaft und ihrem Anspruch auf eine aktive Gestaltung der Gegenwart unwürdig ist. ◀